

Arthur Zabel: Ein sozialdemokratischer Landrat und sein gescheitertes Bemühen um einen politischen Neuanfang im Kreis Bordesholm 1920/21

Eine Lokalstudie zum Kampf gegen die SPD in den ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins während der Weimarer Republik

Von Uwe Fentsahm

Der Beschluß der Bordesholmer Gemeindevertretung vom Dezember 1995, eine Neubaustraße im nördlichen Randgebiet der Gemeinde nach dem früheren Landrat Zabel zu benennen, hat im Nachhinein noch für einige Diskussionen gesorgt, da nur wenige Angaben zur Person bekannt waren.¹ Der Hauptgrund für dieses Informationsdefizit muß darin gesehen werden, daß die Amtszeit Zabels in der hiesigen Heimatliteratur immer nur als „Zwischenspiel“ abgetan wurde. Arthur Zabel (1891-1954) geriet deshalb im Gegensatz zu seinen drei Amtskollegen Johann Adolph von Heintze (1829-1904), Adolph von Heintze (1864-1956) und Waldemar von Mohl (1885-1966) immer mehr in Vergessenheit, obwohl er hier in einer politisch sehr bedeutsamen Zeit gewirkt hat.

Es sollen zunächst einmal einige vergleichende Bemerkungen zu den vier Landräten des ehemaligen Kreises Bordesholm gemacht und dann nachfolgende Fragen geklärt werden: Was hat Arthur Zabel als Landrat geleistet, wieso hat er seine Tätigkeit nach relativ kurzer Zeit wieder aufgegeben, und wie ist das Scheitern von Zabels Bemühungen politisch zu bewerten?

1. Die vier Landräte des Kreises Bordesholm (1867-1932) im Vergleich

Ein wichtiger Unterschied ergibt sich bereits bei einem Blick auf die *Namen* der Landräte: Johann Adolph von Heintze (1867-1894),

Adolph von Heintze (1894-1920) und Waldemar von Mohl (1921-1932) entstammen alle drei adeligen Familien² und verfügten über die finanziellen Möglichkeiten, um so ein Amt nach damaliger Ansicht standesgemäß ausüben zu können. Arthur Zabel war der Sohn eines Fabrikarbeiters, hatte den Beruf des Maschinenschlossers erlernt³ und konnte finanziell in keiner Weise mit seinen Amtskollegen konkurrieren.

Im Hinblick auf die *Amtsduer* ergibt sich ebenfalls ein gravierender Unterschied: Der ältere und der jüngere von Heintze waren jeweils 27 Jahre im Amt, von Mohl brachte es bis zur Kreisauflösung im Jahre 1932 noch auf 11 Amtsjahre. Rechnet man bei Arthur Zabel seine Tätigkeit als Beigeordneter des Landrats seit dem November 1918 hinzu⁴, so ergeben sich für ihn lediglich etwas mehr als 2 Amtsjahre.

In Bezug auf das *Lebensalter bei Dienstantritt* sind die Unterschiede nicht so ausgeprägt: Zabel und sein Gegenspieler, der jüngere von Heintze, waren beide 30 Jahre alt, als sie zum Landrat ernannt wurden. Von Mohl war dagegen schon 36 Jahre und der ältere von Heintze 38 Jahre alt, als sie in das Landratsamt eintraten.

Bei der *beruflichen Vorbildung* tritt der Gegensatz wieder deutlich hervor: Arthur Zabel war kein ausgebildeter Verwaltungsjurist wie seine drei Amtskollegen. Er hatte sich aber schon in jungen Jahren der Gewerkschaftsbewegung angeschlossen, war 1918 Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft in Neumünster geworden und hatte nach eigener Aussage „bereits seit über 10 Jahren auf vorgeschobenen Posten ... im öffentlichen Leben“ gestanden.⁵ So ganz unbekannt war ihm der Verwaltungsbereich also auch nicht.

Die wichtigsten Unterschiede ergeben sich, wenn man die *politischen Grundhaltungen* der vier Landräte betrachtet: Von Johann Adolph von Heintze ist anzunehmen, daß er ein loyaler Parteigänger des preußischen Königs und deutschen Kaisers gewesen ist. Den

größten Teil seiner Amtsjahre hat er bis 1894 in einer Zeit des politischen Stillstandes verbracht. Sein Neffe Adolph von Heintze hatte das Pech, daß seine Amtszeit in eine Phase des politischen Umbruchs fiel - hervorgerufen durch den ersten Weltkrieg, das Ende des Kaiserreiches und die deutsche Revolution von 1918. Von Heintzes persönliche und berufliche Entwicklung war entscheidend vom Kaiserreich und von den Prinzipien des preußischen Beamtentums geprägt worden. Die neue Staatsordnung, die damit verbundene Ablösung alter Autoritäten und die zunehmende Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf gewählte Parlamente sind von ihm nicht internalisiert worden. Er sah darin nur ein Übergangsstadium und hat deshalb auch 1918 die Stellung gehalten. Kennzeichnend für seine Einstellung ist die damalige Äußerung über „die Regierung, hinter die wir uns alle unter Hintansetzung etwaiger politischer Meinungsverschiedenheiten stellen *müssen*, wenn Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande gewahrt bleiben sollen“.⁶

Aus seiner Sicht bot der rechtsgerichtete Kapp-Lüttwitz-Putsch im März des Jahres 1920 zum ersten Mal eine realistische Chance, die ungeliebte Weimarer Republik zu beseitigen und ein an alte Traditionen anknüpfendes autoritär-diktatorisches Staatswesen zu schaffen. Deshalb entschloß er sich, die Putschisten aktiv zu unterstützen, indem er ihre Anweisungen an nachgeordnete Stellen (Amtsvorsteher, Bürgermeister etc.) des Kreises Bordesholm weitergab. In diesen Anweisungen wurde dazu aufgerufen, „alle Kundgebungen der Regierung Ebert-Bauer unter allen Umständen“ zu verhindern. Drucksachen sollten beschlagnahmt werden, Zettelverteiler waren zu verhaften, Druckereien zu schließen und Maschinen unbrauchbar zu machen.

Der Putsch hatte jedoch keinen Erfolg und gegen den Landrat von Heintze wurde umgehend ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet. Aufgrund der Ergebnisse der Voruntersuchung kam der neue preußische Innenminister Carl Severing zu dem Schluß, daß von Heintzes Verhalten „auf selbständiger freier Entschließung“ beruhte und „er

als politischer Beamter in der Zeit der größten Not des Landes durch sein Verhalten in den Kreisen der verfassungstreuen Bevölkerung Verwirrung hervorgerufen und Mißtrauen in seine Haltung erweckt hat“. Die für die preußische Regierung äußerst komplizierte politische Entwicklung führte allerdings dazu, daß im August des Jahres 1920 alle Beteiligten des Umsturzversuches (bis auf eine Ausnahme) amnestiert werden mußten. So hätte auch Adolph von Heintze wieder in den Staatsdienst eintreten können. Er verzichtete aber darauf und ging im Alter von 56 Jahren mit einer sehr gut dotierten Pension in den politischen Vorruhestand.⁷

Arthur Zabel, der als Beigeordneter vom November 1918 bis zum Mai 1919 eine Kontrollfunktion gegenüber dem Landrat von Heintze auszuüben hatte, wurde im März 1920 dessen Nachfolger. Aufgrund seiner beruflichen Herkunft hatte er sich nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch schon sehr früh (wahrscheinlich im Jahre 1909) der SPD angeschlossen. Als Sozialdemokrat und gewählter Vertreter für Schleswig-Holstein nahm er im Dezember 1918 in Berlin am Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands teil; es wurde dort über die verfassungsrechtliche Zukunft des Deutschen Reiches verhandelt.⁸ Zabel besaß damals eine durchaus fortschrittliche demokratische und der Zeit angemessene politische Grundhaltung.

Das kann von seinem Nachfolger Waldemar von Mohl nicht behauptet werden. Er muß eine ähnliche Denkrichtung verfolgt haben wie Adolph von Heintze, denn im Jahre 1929 stand er unter dem Verdacht, das von Alfred Hugenberg, Adolf Hitler und anderen Vertretern der „Nationalen Opposition“ initiierte Volksbegehren gegen den Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrages und die im Young-Plan vorgesehene Regelung der Reparationsfrage unterstützt zu haben.⁹ Im Juli 1932 hatte von Mohl auch keine Bedenken, ein Mitglied der NSDAP als Bürgermeister von Russee zu bestätigen. Dies tat er nach eigenen Angaben „mit Rücksicht auf die veränderte politische Lage“.¹⁰ Gemeint waren damit der sich abzeich-

nende Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen und die staatsstreichartige Absetzung der preußischen Regierung durch den Reichspräsidenten von Hindenburg auf Betreiben des damaligen Reichskanzlers von Papen.

Nach der Auflösung des Kreises Bordesholm im Oktober 1932 wurde von Mohl Landrat im Kreis Segeberg und blieb dies bis zum Kriegsende 1945. Wie er sich in diesen Jahren verhalten hat, ist bislang nicht hinreichend erforscht worden. Mitglied der NSDAP ist er jedenfalls gewesen. Für den Historiker Gerhard Hoch steht auch fest, daß die Umsetzung der im Jahre 1935 erlassenen „Nürnberger Rassegesetze“ von von Mohl im Kreis Segeberg „mit besonderem Eifer“ verfolgt worden ist.¹¹

2. Was hat Arthur Zabel für den Kreis Bordesholm geleistet ?

Unmittelbar nach der Suspension von Heintzes war Zabel am 13. März 1920 als stellvertretender Landrat mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte betraut worden. Am 1. Oktober erfolgte seine Ernennung zum kommissarischen Landrat, und seit dem 16. Dezember 1920 war er offiziell der dritte Landrat des Kreises Bordesholm. In dieser Zeit wurde er Mitglied in mehreren Ausschüssen des Kreistages und war als Landrat Vorsitzender des Kreisausschusses. Außerdem konnte er das Amt des Kreisdeputierten übernehmen und vertrat den Kreis Bordesholm als Abgeordneter im schleswig-holsteinischen Provinziallandtag in Kiel.¹²

Aus seiner schriftlichen Entgegnung auf die Vorwürfe des Marineoberstabsingenieurs a.D. Johann Rath¹³ wissen wir, daß Zabel in seiner Zeit als Landrat 10 Dienstreisen unternommen hat, die ihn hauptsächlich zu Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten nach Schleswig geführt haben. Er war aber auch einmal in Wilster „zum Kauf von Bekleidungsgegenständen für das hiesige Kreis-Wohlfahrtsamt“ und dreimal in Berlin: Im April 1920 hat er an der



Arthur Zabel (Bildmitte) mit Freunden um 1910. Original von Emma Schargus, geb. Zabel, aus Heikendorf.

Versammlung des Verbandes der preußischen Landkreise teilgenommen und im November Verhandlungen in den Preußischen Ministerien des Inneren, für Handel und für Finanzen geführt; im Reichsarbeitsministerium ging es um die nachträgliche Bewilligung verauslagter Streikgelder. Im Dezember war er in Berlin, um u. a. mit „dem Regierungsbaumeister Schmieden wegen Bau des Kreiskrankenhauses“ zu sprechen. Der Gedanke an ein eigenes Krankenhaus für den Kreis Bordesholm hatte damals konkrete Formen angenommen.

Darüber hinaus werden noch drei Reisen genannt, die ebenfalls im Interesse des Kreises Bordesholm stattfanden, aber wohl keinen rein dienstlichen Charakter hatten: Im April/Mai des Jahres 1920 war er zur „Beschaffung von Kartoffeln für die Einwohnerschaft“ von Berlin über Stettin noch nach Stolp in Pommern gefahren. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln war offensichtlich auch anderthalb Jahre nach dem Ende des Krieges noch nicht wieder hinreichend gesichert. Im August nutzte Zabel einen weiteren Aufenthalt in Berlin, um bei Verhandlungen mit der Reichsgetreidestelle, dem Landesgetreideamt und dem Reichsernährungsminister eine „Klarstellung verschiedener Differenzen bzgl. der Lieferungsverpflichtungen des Kreises“ zu erreichen. Die Bauern des Bordesholmer Raumes waren der Ansicht, daß von ihnen im Rahmen der anhaltenden Kriegsbewirtschaftung die Abgabe zu großer Getreidemengen verlangt wurde. Eine zusätzliche Reise führte ihn nach Breslau, da eine dort ansässige Firma äußerst preisgünstig die Lieferung von Damen- und Herrenbekleidung, von Schuhen und Stiefeln anbot. Das großangelegte Geschäft kam aber nicht zustande, „weil mit den Kaufleuten des Kreises eine Einigung über die Höhe des Aufschlages nicht erzielt werden konnte“. Die niedrigeren Preisvorstellungen des Landrats widersprachen den hochgesteckten Erwartungen der hiesigen Kaufmannschaft.

Daß Arthur Zabel seinem selbstgesteckten Ziel, das Amt als Landrat „unparteiisch zum Wohle der Gesamtheit“ auszuüben¹⁴, gerecht ge-

worden ist, kann aufgrund der vorstehenden Ausführungen wohl kaum bezweifelt werden. Warum allerdings einige Einwohner des Kreises seine „aufrichtige Bitte“, ihm „durch vertrauensvolle Mitarbeit“ sein Amt zu erleichtern¹⁵, ausgeschlagen haben, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

3. Warum ist der Landrat Zabel so schnell gescheitert ?

Allgemeine Andeutungen als Antwort auf diese Frage finden wir in dem offiziellen Rücktrittsgesuch, das von Arthur Zabel in den ersten Tagen des Januar 1921 verfaßt und an den Regierungspräsidenten Adolf-Harald Johannsen (DVP) geschickt worden war.¹⁶ Hier erklärte Zabel: „Neben den offiziellen Beschwerden und Protesten setzte dann eine Hetze gegen mich ein, die mit den schamlosesten Mitteln unter der Oberfläche wühlte.“ Er deutete auch an, wer für dieses Mobbing verantwortlich war: „Ganz besonders in bürgerlichen Kreisen wurde eine außerordentlich schwüle Stimmung gegen mich erzeugt.“ Als erster Beleg für diese Vorwürfe kann die Tatsache gewertet werden, daß das Rücktrittsgesuch am 20. Januar wörtlich in der Kieler Zeitung abgedruckt wurde. Für diese besondere Indiskretion konnte zwar kein Verantwortlicher ausfindig gemacht werden; es liegt aber nahe, diesen in den Reihen des Personals der Kreisverwaltung zu vermuten.¹⁷

Wer waren nun die Vertreter der „bürgerlichen Kreise“, die gegen die Person und das Verhalten des Landrats mit unlauteren Mitteln hetzten und sich auch offiziell bei übergeordneten Dienststellen beschwerten? Es handelte sich hierbei in erster Linie um ein Mitglied des Kreistages und um einen Angestellten des Kreisausschusses. Ersterer hieß ... Wienert, war von Beruf Werkführer und wohnte in Groß-Flintbek/Voorde. Der zweite war Johann Rath, Marinestabsingenieur a.D. aus Bordesholm.

Das Beschwerdeschreiben des Kreistagsabgeordneten Wienert¹⁸

Wienerts Schreiben war an den Regierungspräsidenten in Schleswig gerichtet und datiert vom 21. Januar 1921. Sein Hauptvorwurf gegen den Landrat Zabel war dessen Weigerung, einen Dringlichkeitsantrag von Wienert im Kreisausschuß zu beraten. Der Antrag lautete: „Verschiedene Vorkommnisse sowie persönliche Differenzen in dienstlichen Angelegenheiten mit dem Herrn Vorsitzenden des Kreisausschusses veranlassen mich, den Kreisausschuß zu bitten, mich zu einer Reise zur Regierung nach Schleswig auf Kreiskosten zu ermächtigen. Begründung vorbehalten.“ Der Abgeordnete wollte also „persönliche Differenzen“ auf Kosten der Steuerzahler austragen, und man kann zu seinen Gunsten nur annehmen, daß er sich der Tragweite dieses Ansinnens gar nicht bewußt gewesen ist. Die Nichtbehandlung des Antrags im Kreisausschuß wurde von ihm sehr eigenwillig bewertet und beurteilt: Er fühlte sich „nun auf diese Weise vergewaltigt“ und mit ihm alle Wähler, die ihm ihre Stimme gegeben hatten. Auf die Wähler scheint diese Einschätzung nicht viel Eindruck gemacht zu haben, denn Wienert war nur im ersten – demokratisch gewählten¹⁹ – Kreistag nach dem Kriege vertreten. Seine Karriere als Abgeordneter im Bordesholmer Kreistag war bereits im Februar 1921 wieder beendet.

Daß Wienert sich der Berechtigung seiner Vorwürfe nicht so ganz sicher war, verdeutlicht folgende Formulierung: „Die Anschuldigungen, die ich gegen den Herrn Landrat von Bordesholm erhebe, habe ich schon in dessen Beisein an anderer Stelle erhoben, sie wurden jedoch *zum Teil* scheinbar von dem Herrn Zabel widerlegt.“ Hier liegt indirekt das Eingeständnis vor, daß Zabel auch aus der Sicht von Wienert einen Großteil der Beschuldigungen nicht nur „scheinbar“, sondern de facto widerlegen konnte.

Der Beschwerdeführer unternahm des weiteren den Versuch, seine Anschuldigungen zu untermauern: Er schreibt pauschal von „verschiedenen moralischen Verfehlungen“ Zabels, will diese aber „hier

der Kürze halber“ nicht näher erläutern; eine besonders üble Methode der Verleumdung. Die dienstlichen Verfehlungen werden dagegen konkreter aufgezählt:

- Wienert bezichtigte Zabel der Steuerhinterziehung, da er Zuschüsse aus Kreismitteln erhalten habe, ohne daß der vorgeschriebene zehnpromtente Abzug berücksichtigt worden sei.
- Zabel sollte Reisekosten doppelt abgerechnet haben, da ihm für die Reise von Berlin nach Breslau zusätzlich eine Provision in Höhe von 1000,- Mark von der dort besuchten Firma gezahlt worden sei. Wienert mit Empörung: „Ein Landrat ist doch kein Provisionsreisender.“
- Schließlich wurde dem Landrat noch der Vorwurf gemacht, durch zu häufiges Fahren mit dem Kreisautomobil ungeheure Summen an Steuergeldern verpraßt zu haben. Das Automobil sei auch vielfach für reine Privatfahrten eingesetzt worden.

Arthur Zabel hat all diese Anschuldigungen in seinem Rechtfertigungsschreiben ausführlich und überzeugend widerlegen können.²⁰

Das Beschwerdeschreiben des Kreisaußschußangestellten Rath²¹

Johann Rath war 1914 nicht als Soldat in den Krieg gezogen, sondern hatte es als Zivilbeamter der Kaiserlichen Marine bis zum Marinestabsingenieur gebracht (und ist wohl auf einem Arsenal beschäftigt gewesen). Aus gesundheitlichen Gründen wurde er 1917 a.D. gestellt, kam nach Bordesholm und wurde beim Kreis Bürohilfsarbeiter.²² Nach eigenen Angaben war er Leiter der Kreiskohlenstelle und beim Kreisaußschuß als Rechnungsprüfer angestellt. Innerhalb des Rates der Angestellten des Kreises übernahm er im Laufe der Zeit den Vorsitz und konnte in dieser Eigenschaft an Tarifverhandlungen mit dem Kreisaußschuß teilnehmen.

Am 18. Januar 1921 fand so eine Sitzung statt. Aus dem zugehörigen Protokoll²³ geht hervor, daß Johann Rath vor dem Eintritt in die Verhandlungen folgende Erklärung abgab: Er habe den Landrat Zabel – gegenüber dem Bürogehilfen Döring – nicht als „Schuft“ bezeichnet. Rath erklärte weiter, daß er „weder bisher noch gegenwärtig an der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn Landrats irgendwelche Zweifel hege und hierzu auch keine Veranlassung habe“. Das war eine glatte Lüge, denn sein Beschwerdeschreiben, das an den Oberregierungsrat Berthold als Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Schleswig gerichtet war, datiert vom 9. Januar 1921, also neun Tage vor der scheinbaren Ehrenerklärung für den Landrat Zabel.

Als Hintergrund für dieses intrigante Verhalten muß das persönliche Streben des Johann Rath nach einer Beamtenstelle beim Kreis Bordesholm angesehen werden. Er hatte 1920 von sich aus den Vorschlag gemacht, eine zusätzliche Planstelle für einen Revisor einzurichten und sich gleichzeitig auf diese Stelle beworben. Der Kreis Ausschuß behandelte diesen wohlmeinenden Vorschlag am 26. Mai 1920, konnte aber kein Bedürfnis zur Einstellung eines besonderen Revisionsbeamten erkennen. Es wurde dem Antragsteller deshalb als Alternative „anheimgestellt, im Falle des Baues eines Kreiskrankenhauses ein Gesuch um Anstellung als Hausinspektor vorzulegen“. Für diesen niederschmetternden Bescheid wird der in seinem persönlichen Ehrgeiz getroffene Johann Rath vor allem den Vorsitzenden des Kreis Ausschusses verantwortlich gemacht haben, und das war der Landrat Zabel.

In seinem Beschwerdeschreiben unterschied Rath zwei Themenbereiche, die *dienstlichen* und die *außerdienstlichen* Verfehlungen des Landrats. Zu den letzteren zählte er insbesondere zwei Ereignisse:

- Im April des Jahres 1920 fand in Bordesholm im Beisein des Landrats eine Versammlung der größeren Landwirte aus der Umgebung statt. Im Anschluß an dieses Treffen sei es dann zu

„einer schweren Kneiperei in Grog, Wein und Sekt“ gekommen. Der Gastwirt habe gegen 11 Uhr abends den „Herrn Zabel total betrunken im Dreck in der Durchfahrt liegend“ gefunden und ihn in seinem Hause zu Bett bringen müssen.

- Im Dezember desselben Jahres trafen sich die Landwirte des Gutsbezirks Bothkamp zu einem Festessen im Ovendorfer Redder und hatten dazu auch den Landrat eingeladen: „Bei diesem Fest haben seine Gastgeber direkt Schindluder mit ihm getrieben. Sie zogen ihm ein rotes Mäntelchen an in Gestalt einer Weiberjacke, einer der Festteilnehmer hielt eine Rede auf den „roten Landrat“, der aber augenblicklich sehr nach rechts neige, und zum Schluß wurde er versteigert mit den Worten: Wer bietet was für das Kerlchen?“ Als Zeugen für diese Begebenheit wurde der Inspektor Siek auf Hof Siek bei Bothkamp angegeben, der darüber „die beste Auskunft“ erteilen könne.

Inwieweit diese Ereignisse sich tatsächlich so zugetragen haben oder ob sie hier in einer ausgeschmückten Version wiedergegeben worden sind, kann letztendlich nicht mehr geklärt werden. Eine um Objektivität bemühte Sichtweise läßt aber nicht so sehr den Landrat Zabel in einem schlechten Licht erscheinen, sondern die „ehrenwerten“ Bürger und Honoratioren im Bordscholmer Raum. Sie haben mit ihrem Verhalten vorsätzlich dazu beigetragen, daß ein Vertreter des neuen politischen Systems der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Die Herren und insbesondere der langjährige Kreistagsabgeordnete Gutsinspektor Siek²⁴ haben deutlich gemacht, daß sie genau wie der alte Landrat Adolph von Heintze sich nicht mit dem demokratisch-republikanischen Staatswesen anfreunden konnten und somit auch nicht bereit waren, dieses zu unterstützen und zu verteidigen. Sie hofften weiterhin auf die Restauration der alten politischen Zustände.

Die vom Beschwerdeführer Rath angeführten *dienstlichen* Verfehlungen lassen sich im wesentlichen in sechs Punkten zusammenfassen:

- Eine Sitzung des Kreisausschusses zusammen mit einigen Beamten und Angestellten der Kreisverwaltung soll Zabel „in Strumpfsocken“ geleitet haben. Dieser Vorwurf entsprach den Tatsachen, denn dem Landrat war kurzfristig ein Schuh kaputtgegangen. Er hatte ihn zum Schuhmachermeister Horst bringen lassen müssen, da „es sich um eine umfangreiche Näharbeit handelte“.²⁵ Johann Rath behauptete dagegen, der Schuh sei „dem Hausdiener des Kreisausschusses, welcher seines Zeichens Schuster ist, zur Reparatur übergeben“ worden.²⁶
- Zu einer Sitzung des Arbeitsausschusses für Wohlfahrtspflege sei der Landrat viel zu spät gekommen, da er stattdessen mit dem Professor Holzapfel von der Universitätsklinik in Kiel und dem Gutsinspektor Erichsen von Bothkamp in der Gastwirtschaft „Zur Linde“ gesessen und mit ihnen als deren Gast erfolgreiche Verhandlungen²⁷ gefeiert habe. Sie hätten dort „gegessen und gekneipt“. Für Zabel entbehrten diese Vorwürfe jeglicher Grundlage, da er als Auswärtiger mit erstem Wohnsitz in Heikendorf nur sein normales Abendessen eingenommen und auch nicht den Fortgang der Sitzung des Ausschusses behindert habe. Er sei rechtzeitig zu dem einzigen Tagesordnungspunkt erschienen, der seine Anwesenheit erfordert habe.²⁸

Bei den folgenden drei Punkten ist auffällig, daß diese auch vom Kreistagsabgeordneten Wienert in seiner Beschwerdeschrift genannt werden. Es kann daher vermutet werden, daß Wienert und Rath bei ihrem Vorgehen gegen den Landrat Zabel eng zusammengearbeitet haben. Es handelt sich hierbei wieder um

- die angebliche Steuerhinterziehung: Der zehnprozentige Abzug bei Zuschüssen für den Landrat aus Kreismitteln soll nicht beachtet worden sein.

- die zahlreichen Automobilfahrten: Es sei während der Dienstzeit Zabels fast kein Tag ohne Autofahrten vergangen, die offensichtlich auch privaten Zwecken gedient hätten. Dabei seien „Frau und Kind, Freundinnen und Freunde“ mitgenommen worden, und man hätte „nachts Fahrten zu Kneipereien“ unternommen. Daß es dabei natürlich auch einmal zu einem Unfall kommen mußte, war aus der Sicht Rath's selbstverständlich. Der Unfall am 2. Oktober 1920 bei Fleckeby²⁹ sei infolge zu hoher Geschwindigkeit und fahrlässiger Anweisungen des Landrats geschehen: „Es konnte dem Herrn ja nie schnell genug gehen.“ Zabel konnte dagegen auf eine Erklärung des Kraftwagenführers Bracker verweisen. Dieser bestätigte, er sei niemals von dem Herrn Landrat veranlaßt worden, „bei Fahrten mit dem Kraftwagen des Kreises die gesetzlich vorgeschriebenen Geschwindigkeiten zu überschreiten. Einem derartigen Ersuchen hätte (er) auch keine Folge geleistet“.³⁰ Daß keine Fahrlässigkeit vorgelegen habe sondern ein unvorhersehbarer Unglücksfall, ergab sich für Zabel u.a. aus der Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft nach einer entsprechenden Anzeige des Unfalls beim Amtsgericht Eckernförde auf Ermittlungen verzichtete.
- die angeblich doppelte Reisekostenabrechnung für die Fahrt nach Breslau: Es ging hierbei – wie bereits weiter oben erwähnt – um die Beschaffung von preisgünstiger Oberbekleidung und Schuhwaren. Der Kreisausschußassistent Förster hatte sich mehrfach angeboten, in Begleitung des Bordesholmer Kaufmanns Schwartz auf Kreiskosten nach Breslau zu fahren und die angebotenen Waren zu besichtigen. Zabel hatte ihm dies aber wiederholt abgeschlagen, da der betreffende Beamte nach seiner Ansicht „eben nicht die nötigen Fähigkeiten zur Ausführung derartiger Arbeiten“ besaß.³¹ Er unternahm deshalb selbst – anläßlich einer Dienstreise nach Berlin – einen Abstecher nach Breslau und führte die entsprechenden Verhandlungen. Für die Kreiskasse sind dabei keinerlei Kosten angefallen, da die aufge-

suchte Firma diese durch eine Provisionszahlung übernommen hat.

Abweichend von Wienert sieht Rath bei den Dienstreisen des Landrats noch einige Verfehlungen: Die drei Reisen nach Berlin hätten hauptsächlich dem Zweck gedient, seine Ernennung zum Landrat zu betreiben. Zabel rühmte sich nach Ansicht Raths „stets sehr der persönlichen Freundschaft des Herrn Ministers des Innern, und allein dieser Freundschaft hat er seine Ernennung zum Landrat zu verdanken“. Hier handelt es sich wieder um eine vorsätzliche Verleumdung, denn schon damals war auch für Außenstehende erkennbar: Der preußische Innenminister Carl Severing (SPD) hat eben nicht konsequent darauf geachtet, daß nur uneingeschränkt demokratisch gesinnte Beamte in leitende Funktionen des Staates gelangten. Von einer „Parteibuchwirtschaft“ kann z.Z. Severings gar keine Rede sein.³² Als bestes Beispiel für diese Einschätzung muß die Ernennung des rechts-konservativen Waldemar von Mohl (später NSDAP-Mitglied) zum Nachfolger Arthur Zabels als Landrat von Bordesholm angesehen werden. Zabel wehrte diesen Vorwurf Raths denn auch mit dem Hinweis ab, daß er in Berlin „ein einziges Mal vielleicht während der Dauer von 10 Minuten“ mit Carl Severing zusammengetroffen sei und bei dieser Gelegenheit über rein dienstliche Angelegenheiten gesprochen habe.³³

Außer diese scheinbaren dienstlichen Verfehlungen vorzutragen, konnte der Beschwerdeführer auch nicht umhin, am Schluß seines Schreibens eine grob pauschalisierende Einschätzung der Bevölkerungsmeinung über den Landrat Zabel zum besten zu geben: „Hier im Kreise wollte ihn kein Mensch mehr haben, besonders nach den letzten Vorkommnissen, die natürlich die Spatzen von den Dächern pffiffen.“ Ganz deutlich kommt das denunziatorische Wesen des Johann Rath in dem abschließenden Hinweis an die Verantwortlichen im Regierungspräsidium in Schleswig zum Ausdruck: „Dieses Schreiben hat keinen vertraulichen Charakter, es kann jederzeit zu einem Vorgehen gegen Herrn Zabel benutzt werden.“

Um sicherzugehen, daß sein Beschwerdeschreiben in Schleswig auch nach der schriftlichen Entgegnung durch den Landrat Zabel noch Beachtung findet, verfaßte Rath am 25. Februar 1921 in dieser Angelegenheit ein zweites Schreiben an den Regierungspräsidenten.³⁴ Indirekt kommt in diesem Brief eine Bewunderung für den Landrat zum Ausdruck, der es verstehe, sich als „einen bis auf die Knochen korrekten Mann“ darzustellen, dem „bitteres Unrecht getan wurde. Herr Zabel ist Meister in der Kunst Tatsachen zu verdrehen und versteht es auch ausgezeichnet, über wesentliche Punkte stillschweigend hinwegzusehen oder als belanglos hinzustellen und aus unwesentlichen für seine Person Kapital zu schlagen“.

Als Beweis für die Richtigkeit seiner Anschuldigungen wertete Rath den Umstand, daß Zabel ihn bisher nicht gerichtlich belangt hatte: „Er wagte ja nicht einmal, mich aus dem Dienst zu entlassen, trotzdem ich ihm meine sofortige Entlassung wiederholt anheim stellte.“ Hieraus wird wiederum deutlich, daß der Kreisangestellte seinen Vorgesetzten bewußt provoziert und verleumdet hat. Und dies geschah nicht nur aufgrund von persönlichen Meinungsverschiedenheiten, sondern war auch politisch motiviert – auch wenn Rath gerade dies ausdrücklich bestritt: „Herr Zabel versucht, die Angelegenheit ins politische Gebiet hineinzuzerren und meinem Vorgehen gegen ihn unsere politische Gegnerschaft unterzuschieben.“ Johann Rath hat sich also durchaus in seinem Selbstverständnis als politischen Gegner Arthur Zabels gesehen.

4. Wie ist das Scheitern des Landrats Zabel zu bewerten ?

Es gibt sicherlich vielfältige Ursachen, die dazu beigetragen haben, daß Arthur Zabel als Landrat des Kreises Bordesholm schon im Januar des Jahres 1921 seinen Rücktritt einreichte. Dazu zählen u.a. finanzielle Erwägungen aufgrund des nicht gerade üppigen Gehaltes, Schwierigkeiten mit dem national-konservativ gesinnten Regierungs-

präsidenten Johannsen (DVP) in Schleswig, mangelhafte Unterstützung durch die Parteifreunde im Preußischen Staatsministerium in Berlin und auch persönliche Defizite: Eine eventuell vorhandene mangelhafte Trinkfestigkeit ist hierbei weniger bedeutend. Wichtiger waren dagegen ein noch nicht so ausgeprägtes Machtbewußtsein, der fehlende Mut zu unpopulären Entscheidungen, die übertriebene Vorstellung, als Landrat ein standesgemäßes materielles Ansehen erwerben zu müssen und auch das zwanghafte Bemühen um einen Ausgleich mit den bürgerlichen Kreisen.³⁵

Es fragt sich, warum Arthur Zabel nicht energischer im Zusammenspiel mit dem Kreistag gegen das intrigante und denunziatorische Wirken einiger Honoratioren des Kreises vorgegangen ist: Gemeint sind hier insbesondere der Werkführer *Wienert* aus Groß-Flintbek und der Gutsinspektor *Siek* aus Bothkamp.³⁶ Außerdem hätte in den Reihen der Kreisbeamten und –angestellten 1919/20 ein durchgreifender personeller Neuanfang stattfinden müssen. Es gab offensichtlich etliche Personen, die nicht bereit waren, den politischen Erneuerungsprozeß mitzutragen und sich loyal hinter den Landrat und dessen Aktivitäten zugunsten der Einwohner des Kreises Bordesholm zu stellen. Gemeint sind hier in erster Linie der Bürohilfsarbeiter *Johann Rath* und der Kreisausschußassistent *Förster*. Undurchsichtig bleibt noch die Rolle des Amts- und Gemeindevorstehers von Bordesholm *Gustav Blothenberg*, der für Zabel 1921 als stellvertretender Landrat eingesprungen war: Er hatte es anlässlich der indiskreten Veröffentlichung von Zabels Rücktrittsgesuch in der Kieler Zeitung sehr eilig mit seiner Versicherung, daß niemand aus der Kreisverwaltung dafür verantwortlich gemacht werden könnte.³⁷ Welche Rolle der Kreisbaurat *Johann Garleff* bei diesem Intrigenspiel eingenommen hat, bleibt ebenfalls noch unklar. Er war dem Landrat Zabel jedenfalls ein schlechter Berater in Bezug auf die Ausstattung des Landratsamtes mit Möbeln, Bildern, Teppichen etc. Immer neue Ideen des Kreisbaurates führten dazu, daß schließlich ein Kostenvoranschlag in Höhe von 32.000,- Mark zusammenkam,

dessen Übernahme der Regierungspräsident in Schleswig höflich, aber entschieden ablehnte.³⁸

Das Verhalten der genannten Personen kann nicht damit abgetan werden, daß es sich hier um vereinzelte Fälle von persönlicher Kleingeistigkeit gehandelt hätte. Dieses Verhalten hat das politische Klima der damaligen Zeit nachhaltig beeinflusst. Die Vertreter einer politischen Neuorientierung standen allein auf weiter Flur, hatten keine Lobby und mußten häufig resigniert aufgeben. Die Vertreter des national-konservativen Bürgertums konnten dagegen weitgehend ungehindert zu politischen Meinungsführern aufsteigen, die Reaktion stärken und letztendlich das nationalsozialistische Gedankengut hoffähig machen. Dieser Vorwurf trifft im Bordscholmer Raum vor allem die über die Liste „Vaterland“ in den Kreistag eingezogenen Abgeordneten: Werkführer *Wienert* (1919-1921), Gutsinspektor *Siek* (1919-1926), Amts- und Gemeindevorsteher *Blothenberg* (1919-1925) und Johann *Rath* (1930), der bezeichnenderweise immer großen Wert auf seinen Titel „Marinestabsingenieur a.D.“ gelegt hat.

Anmerkungen

1 Siehe dazu: Bordesholmer Rundschau vom 22.11.1995, 20.12.1995 und 27.12.1995; Bordesholmer Anzeiger vom
27.12.1995; Holsteinischer Courier vom 16.12.1995 und Kieler Nachrichten/Holsteiner Zeitung vom 22.12.1995.

2 Zur Familie von Heintze vgl. den Beitrag von Paul Steffen: Die Heintzes in Bordesholm, in: ders. (Hrsg.): Amt und
Kreis Bordesholm 1566-1932, Bordesholm 1932, S. 51 ff.

3 Zum Lebenslauf von Zabel vgl. seine Personalakte im Landesarchiv in Schleswig (LAS), Abt. 761, Nr. 1225. Der
Vater war Maschinenaufseher in der Singer-Nähmaschinenfabrik in Wittenberge/Elbe.

4 Vgl. dazu den Aufsatz von Uwe Fentsahm: Der schwierige Umgang mit der Demokratie im Jahre 1920: Die Bordeshol-
mer Landräte Adolph von Heintze und Arthur Zabel, in: Mitteilungen des Geschichtsvereins für das ehemalige Amt Bordesholm,
Heft 1 (Januar 1994), S. 18 ff.

5 Arthur Zabel: Entgegnung auf die Eingabe des Marine-Oberstabsingenieurs a.D. Rath, Bordesholm, den 18. Januar
1921, maschinenschriftlich in: LAS, Abt. 761, Nr. 1225 und LAS, Abt. 301, Nr. 4857.

6 Kreisblatt für den Kreis Bordesholm (KBB) 1918, S. 913.

7 Die vorstehenden Ereignisse sind ausführlich dargestellt bei: Fentsahm (wie Anm. 4), S. 5-17.

8 Zur Debatte stand die Einführung der parlamentarischen oder der Rätedemokratie.

9 Zum Volksbegehren von 1929 siehe Heinrich August Winkler: Weimar – 1918-1933, München 1993, S. 354 ff.

10 Das entsprechende Schreiben befindet sich in: LAS, Abt. 320 Bordesholm, Nr. 596.

11 Zur Diskussion um die Person Waldemar von Mohls vgl. die Segeberger Zeitung vom 05.05.1995, 08.05.1995 und
13.05.1995 sowie Gerhard Hoch: Oskar Alexander – Vom Kurhaus ins Konzentrationslager, Bad Bramstedt 1994. Vom selben
Autor liegt inzwischen auch das Manuskript einer biographischen Studie zur Person von Mohls vor.

12 Fentsahm (wie Anm. 4), S. 19 ff.

13 Wie Anm. 5.

14 Aufruf Zabels in: KBB 1920, S. 447.

15 Aufruf Zabels in: KBB 1921, S. 6.

16 Vgl. dazu Fentsahm (wie Anm. 4), S. 21.

17 Ebd.

18 LAS, Abt. 761, Nr. 1225.

19 Es handelte sich zum ersten Mal um allgemeine, unmittelbare und geheime Wahlen zu den Kreistagen.

20 Fentsahm (wie Anm. 4), S. 22 f.

21 LAS, Abt. 761, Nr. 1225.

22 Die Personalakte des Bürohilfsarbeiters Johann Rath befindet sich in: LAS, Abt. 320 Bordesholm, Nr. 524.

23 Ebd.

24 Siek war seit 1919 immer als Vertreter der rechtskonservativen Liste „Vaterland“ in den Kreistag eingezogen und nach-
weislich auch 1926 noch dessen Mitglied.

25 Wie Anm. 5.

26 Wie Anm. 21.

27 Das Jagdhaus des Professors Holzapfel in Bokhorst war vom Landrat beschlagnahmt worden und sollte als Not-
wohnung dienen.

28 Wie Anm. 5.

29 Zu dem Unfall vgl. Fentsahm (wie Anm. 4), S. 25.

30 Erklärung Bracker in: LAS, Abt. 301, Nr. 4857.

31 Wie Anm. 5.

32 Zu dieser Problematik siehe Fentsahm (wie Anm. 4), S. 27.

33 Wie Anm. 5.

34 Dieses Schreiben befindet sich ebenfalls in: LAS, Abt. 761, Nr. 1225.

35 Siehe dazu Fentsahm (wie Anm. 4), S. 25 ff.

36 Inwieweit sich auch der Kaufmann Schwartz aus Bordesholm aufgrund seiner Differenzen mit dem Landrat an dem
Treiben beteiligt hat, kann z. Z. noch nicht beurteilt werden.

37 Siehe dazu Fentsahm (wie Anm. 4), S. 21 und LAS, Abt. 320 Bordesholm, Nr. 28.

38 Ebd., S. 24 und LAS, Abt. 320 Bordesholm, Nr. 28.